

Arbeitsbedingungen: Besser arbeiten beim Staat	2
Dienstleistungen: Soziale Kompetenz gefragt	3
Steuerpolitik: Deutschland schont Vermögende	4
Arbeitsbedingungen: Der Körper leidet vor allem in einfachen Berufen	6
Löhne: Geteiltes Land	7
TrendTableau	8

KONJUNKTUR

## Schuldenkrise bremst Wachstum aus

**Die Euro-Schuldenkrise schlägt auf die deutsche Konjunktur durch, so das IMK. Gerade deshalb gebe es keine Alternative zur Unterstützung der Krisenländer.**

So kurz war der Weg von hohem Wachstum zur Stagnation selten. Für dieses Jahr prognostiziert das IMK ein Wirtschaftswachstum von 3,2 Prozent.\* 2012 sollen es hingegen nur noch 0,7 Prozent werden. „Zum zweiten Mal innerhalb von nicht einmal vier Jahren stellen die Finanzmärkte der Konjunktur ein Bein“, sagt IMK-Direktor Gustav Horn.

**Sparprogramme bremsen Exporte.** Jetzt tritt nach Analyse der Forscher ein, was vor kurzem lediglich ein Risikoszenario war: Immer mehr Länder der Eurozone und der EU geraten unter den Druck von Anlegern und Spekulanten. Ihre Staatsschulden sind hoch – nicht zuletzt, weil die letzte Finanzkrise Milliarden gekostet hat. Um die Märkte zu besänftigen, legen Regierungen zwischen Dublin, London und Athen teils massive Sparprogramme auf. Bei Verbrauchern und Unternehmern herrscht Skepsis. Das bremst den Absatz deutscher Waren.

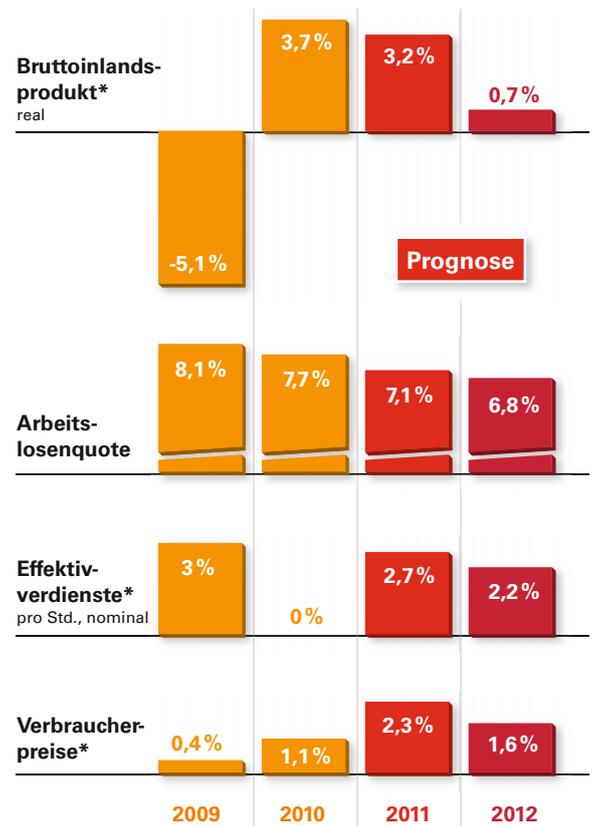
Anders als andere Institute rechnet das IMK derzeit nicht damit, dass Deutschland bis Ende 2012 in eine Rezession abgleitet. Stabilisierend wirke die Binnenkonjunktur, die robuster ist als in den letzten Jahren. Das liegt unter anderem an etwas stärker steigenden Löhnen und der positiven Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit, die laut IMK 2012 noch einmal leicht sinkt. Allerdings binden die Forscher diese Prognose an die Annahme, dass die Schuldenkrise nicht noch weiter eskaliert. Sie schließen jedoch keineswegs aus, dass genau das passiert. Sollte es beispielsweise in Griechenland zu einem Schuldenschnitt kommen, drohe dem gesamten Euroraum eine tiefe Rezession.

**Schuldengarantie gegen weitere Eskalation.** Die Ökonomen halten es daher für richtig, dass die Europäische Zentralbank (EZB) Staatsanleihen von Euro-Ländern mit Problemen aufkauft, um den Zinsdruck auf den Anleihemärkten zu reduzieren. Allerdings müssten die Regierungen der EZB Rückendeckung geben, indem sie glaubhaft für die Schulden der Krisenländer garantieren. Überlegungen, Staaten Bankrott gehen zu lassen und nur die Banken gegen die Folgen abzuschirmen, brächten unkalkulierbare Risiken mit sich.

Der deutschen Finanzpolitik empfehlen die Forscher, sich darauf vorzubereiten, die Konjunktur zu stützen, falls sich

### Der Höhepunkt ist überschritten

So entwickeln sich nach der IMK-Prognose...



\* Veränderung gegenüber dem Vorjahr  
Quelle: IMK 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

die Lage weiter verschlechtert. Damit werde auch die Schuldenbremse einem Praxistest unterzogen, schreiben die Ökonomen: Nun müsse sich zeigen, ob diese „tatsächlich genug Spielraum zur Bekämpfung wirtschaftlicher Schwächephasen – und gegebenenfalls Notsituationen – beinhaltet.“ ◀

\* Quelle: Peter Hohlfield, Gustav Horn u.a.: Deutsche Konjunktur im Abwärtssog, Prognose-Update, IMK Report Nr. 65, Oktober 2011  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Besser arbeiten beim Staat

**Der öffentliche Dienst hat sich massiv verändert. Er fungiert heute nicht mehr als Modellarbeitgeber, bietet in vieler Hinsicht aber immer noch bessere Arbeitsbedingungen als die private Wirtschaft.**

Outsourcing und Privatisierung von Aufgaben, Personalabbau, Effizienzsteigerung, Öffnung für den Wettbewerb – weite Teile des öffentlichen Dienstes erlebten in den vergangenen 20 Jahren tief greifende Restrukturierungen. Peter Ellguth und Susanne Kohaut vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben untersucht, wie sich dies auf die Arbeitsbedingungen ausgewirkt hat. \* Ihr Ergebnis: Zwar sei der öffentliche Dienst heute nicht mehr Modellarbeitgeber mit Vorbildfunktion für die übrige Wirtschaft. Nach wie vor sind die Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer aber in vieler Hinsicht besser als in der Privatwirtschaft.

Eine recht verbreitete Vermutung bestätigte sich empirisch nicht: Die IAB-Forscher fanden keine Hinweise darauf, dass befristete Neueinstellungen beim Staat deutlich häufiger vorkommen. Für einen Verdienstrückstand der Staatsbediensteten – nach dem Motto weniger Geld für höhere Arbeitsplatzsicherheit – fanden die Wissenschaftler zwar empirische Belege. Die beim Vergleich möglichst ähnlicher Betriebe ermittelte Lohndifferenz von 10 Prozent sei aber statistisch nicht hinreichend abgesichert.

Als Datenbasis dient das IAB-Betriebspanel, eine jährliche Befragung von 16.000 Betrieben. Um aussagekräftigere Vergleiche anstellen zu können, haben die Forscher tarifgebundene Betriebe mit Betriebs- oder Personalrat aus öffentlichem und privatem Sektor gegenüber gestellt und die Ergebnisse

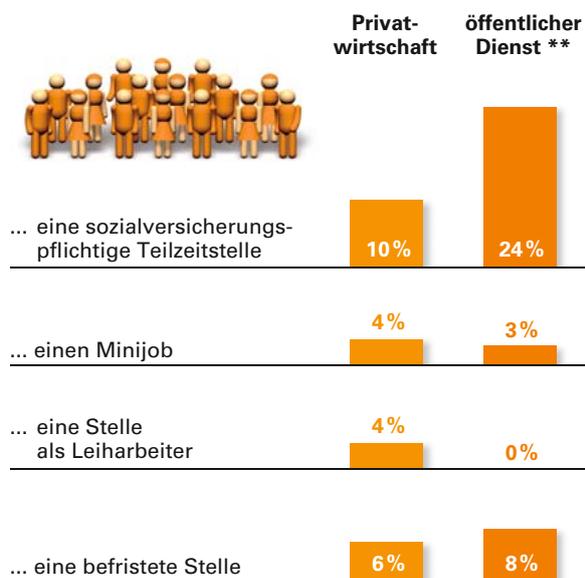
mit multivariaten Verfahren überprüft. Außen vor geblieben sind Betriebe, in denen ausschließlich Beamte arbeiten. Entlang verschiedener Kriterien haben Ellguth und Kohaut die Arbeitsbedingungen in Staatsdienst und Privatwirtschaft verglichen.

**Arbeitsplatzsicherheit:** Im öffentlichen Dienst ist die Personalfuktuation deutlich geringer als in vergleichbaren Betrieben der Privatwirtschaft: Im ersten Halbjahr 2008 wechselten knapp vier Prozent der Belegschaft, in den privaten Betrieben jedoch gut acht Prozent. Arbeitgeberseitige Kündigungen kamen in der Privatwirtschaft mit 1,2 Prozent sechsmal so häufig vor wie bei den Staatsdienern.

**Weiterbildung:** Hier hat der öffentliche Dienst im Vergleich zu ähnlichen privaten Betrieben leicht die Nase vorn. In 88 Prozent der öffentlichen Betriebe gibt es Weiterbil-

## Mehr Teilzeit im öffentlichen Dienst

Von allen Beschäftigten\* hatten ...



\* in Betrieben mit Tarifvertrag und Betriebs- oder Personalrat | \*\* ohne reine Beamtenbetriebe  
Quelle: Ellguth, Kohaut | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

dingsprogramme, in der Vergleichsgruppe liegt der Wert bei 85 Prozent. Im öffentlichen Dienst wird ein Drittel der Beschäftigten einbezogen, in der Privatwirtschaft sind es 29 Prozent.

**Atypische Beschäftigung:** Der Anteil befristeter Verträge an allen Neueinstellungen ist generell hoch. Der Unterschied zwischen beiden Bereichen ist dagegen gering: im öffentlichen Dienst liegt die Quote bei 58 Prozent, in der Privatwirtschaft sind es 54 Prozent. Teilzeitarbeit ist mit 26 Prozent aller Stellen im Staatsdienst doppelt so häufig wie in den privaten Betrieben. Allerdings handelt es sich hierbei fast ausschließlich um sozialversicherungspflichtige Stellen. Geringfügige Beschäftigung spielt im öffentlichen Dienst nur eine sehr geringe Rolle, Leiharbeit überhaupt keine.

**Gleichstellung:** Im Staatsdienst ist etwas über die Hälfte der Beschäftigten weiblich, in mitbestimmten und tarifgebundenen Betrieben der privaten Wirtschaft ist es weniger als ein Drittel. Beim Frauenanteil an den Führungspersonen scheint der öffentliche Dienst mit 25 Prozent deutlich vor den privaten Betrieben mit 13 Prozent zu liegen. Berücksichtigt man die unterschiedlichen Frauenanteile an der Gesamtbeschäftigung, bleibt von dem Vorsprung allerdings fast nichts mehr übrig.

**Ältere Beschäftigte:** Über 50-Jährige sind bei öffentlichen Arbeitgebern deutlich häufiger anzutreffen als bei privaten. Nur in 3 Prozent der Betriebe arbeiten keine Älteren. In privaten Betrieben sind es 7 Prozent. Die Zahlen beziehen sich wiederum auf mitbestimmte Betriebe mit Tarifvertrag. Auch spezielle Angebote für Ältere wie Weiterbildungsmöglichkeiten sind im öffentlichen Dienst häufiger. ◀

\* Quelle: Peter Ellguth, Susanne Kohaut: Der Staat als Arbeitgeber: Wie unterscheiden sich die Arbeitsbedingungen zwischen öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft, in: Industrielle Beziehungen 1-2/2011  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

### Frauen oft beim Staat

Weiblich sind von allen Beschäftigten\* ...

im Öffentlichen Dienst\*\*

52 %

in der Privatwirtschaft

31 %

\* in Betrieben mit Tarifvertrag und Betriebs- oder Personalrat  
\*\* ohne reine Beamtenbetriebe  
Quelle: Ellguth, Kohaut  
© Hans-Böckler-Stiftung 2011

# Soziale Kompetenz gefragt

**Längst nicht alle Beschäftigten im Dienstleistungssektor brauchen eine hohe formale Qualifikation. Der kompetente Umgang mit Menschen wird aber immer wichtiger.**

Über ein Jahrhundert lang hat die industrielle Produktion die Vorstellungen von Erwerbsarbeit in Deutschland geprägt. Der Berufstypus Facharbeiter und die duale Ausbildung galten über alle Industriebranchen hinweg als die Norm. Doch inzwischen arbeiten gut drei Viertel der Beschäftigten im Dienstleistungssektor. Standardisierung und Technisierung von Arbeitsabläufen, wie sie früher in der produzierenden Wirtschaft üblich waren, gibt es hier oft nicht – und wird es auch in Zukunft nicht geben, so die Analyse des Göttinger Soziologie-Professors Martin Baethge.\* Bei allen Unterschieden identifiziert der Wissenschaftler gleichwohl eine Gemeinsamkeit bei Dienstleistungsberufen: Einer ihrer wesentlichen Inhalte ist die Interaktion – mit Kunden, Klienten oder Patienten.

Baethge unterteilt den Dienstleistungssektor in zwei Unterkategorien:

**Primäre Dienstleistungen.** Diese umfassen relativ einfache kaufmännische Tätigkeiten in Verkauf, Büro und Verwaltung sowie allgemeine Dienstleistungen in der Gastronomie, im Reinigungs-, Transport- und Sicherheitsgewerbe. In diesen Berufen wird innerhalb der kommenden 15 Jahre knapp die Hälfte aller Arbeitnehmer beschäftigt sein, prognostiziert eine gemeinsame Forschergruppe des Bundesinstituts für Berufsbildung und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Allerdings werden die kaufmännischen Tätigkeiten leicht abnehmen, unter anderem aufgrund der weitergehenden Rationalisierung durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie. Die Gastronomie- und Reinigungsberufe hingegen dürften um die gleiche Größenordnung zulegen, auch wegen der verstärkten Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen.

**Sekundäre Dienstleistungen.** Dazu zählt der Professor den technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, Gesundheits- und Sozialberufe, aber auch Lehrtätigkeiten. Hinzu kommen künstlerische, Medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche Betätigungen sowie Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe. Bei einem Großteil handelt es sich um anspruchsvolle Tätigkeiten, die den größten Teil der Hochschulabsolventen absorbieren. Auf diese Dienstleistungen entfällt heute knapp ein Drittel der Beschäftigten. In den kommenden 15 Jahren wird dieser Anteil steigen, so die Prognose.

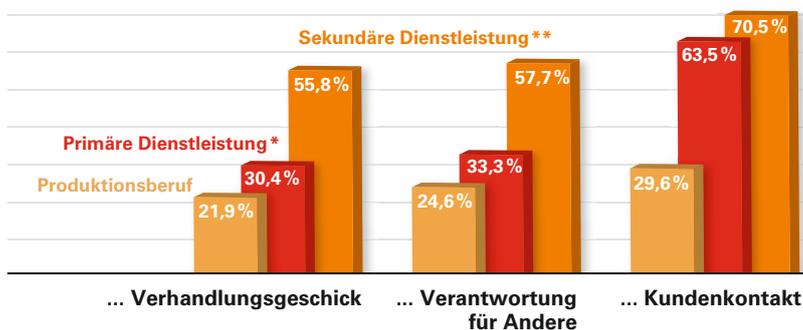
Über alle Berufsfelder hinweg ist die überwiegende Mehrheit der Dienstleister – knapp 60 Prozent – auf dem Niveau eines mittleren Ausbildungsabschlusses tätig. Mehr als ein Viertel hat einen akademischen Abschluss, nur noch knapp ein Sechstel hat keinerlei Berufsausbildung. Trotz einer Tendenz zu höher qualifizierten Jobs werden die Ungelernten-

Tätigkeiten nicht verschwinden, betont Baethge – sei es im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel, bei Büro-tätigkeiten oder den Wachdiensten.

Bei allen Unterschieden gilt: Wo immer sie auch ausgeübt werden, fast überall sind Dienstleistungstätigkeiten interak-

## Der Mensch steht im Mittelpunkt

Wesentliche Anforderung des Berufs ist ...



\* u.a. Einzelhandel, Gastronomie, Reinigungsgewerbe \*\* u.a. Gesundheit und Soziales, Technik und Naturwissenschaft  
Quelle: Hall 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

tive Arbeit, so der Forscher: „eine Arbeit, die unmittelbar bedürfnisbezogen auf ein konkretes Gegenüber gerichtet ist, dessen Wille die Richtschnur für das Arbeitshandeln abgibt“. Das Gegenüber sei dabei nicht nur Adressat der Tätigkeit, sondern zugleich Mitproduzent – ein fundamentaler Unterschied zur Industriearbeit.

Interaktionsarbeit ist nur begrenzt technisierbar, rationalisierbar und standardisierbar. Bei der Arbeitsteilung, der Leistungs- und Pensumsdefinition oder Handlungsspielräumen in der Arbeit spielt dies immer wieder eine Rolle, betont Baethge. Arbeitssituation und Qualität der Arbeit für die Beschäftigten prägen immer zugleich auch die Qualität der Dienstleistung für den Kunden – weil er nicht nur das fertige Produkt bekommt, sondern den Herstellungsprozess mitgestaltet. Sei es als Gast im Lokal oder als Auftraggeber eines Unternehmensberaters.

Neben der Kommunikationsfähigkeit als fachübergreifende Kompetenz erfordern Dienstleistungsberufe auch in stärkerem Maße die Fähigkeit, schwierige Sachverhalte zu vermitteln und unvorhergesehene Probleme zu lösen. Für die Berufsausbildung heißt das, ein „Zuschauen und Nachahmen“ kommt nicht in Frage. Diese Kombination von kommunikativen und systematischen Wissenskompetenzen habe die Dienstleistungsunternehmen für die Rekrutierung von Auszubildenden und Fachkräften selbst auf der mittleren Ebene zunehmend auf Bewerber mit höheren Bildungsabschlüssen zurückgreifen lassen, argumentiert Baethge. ◀

\* Quelle: Martin Baethge: Qualifikation, Kompetenzentwicklung und Professionalisierung im Dienstleistungssektor, in: WSI-Mitteilungen 9/2011  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

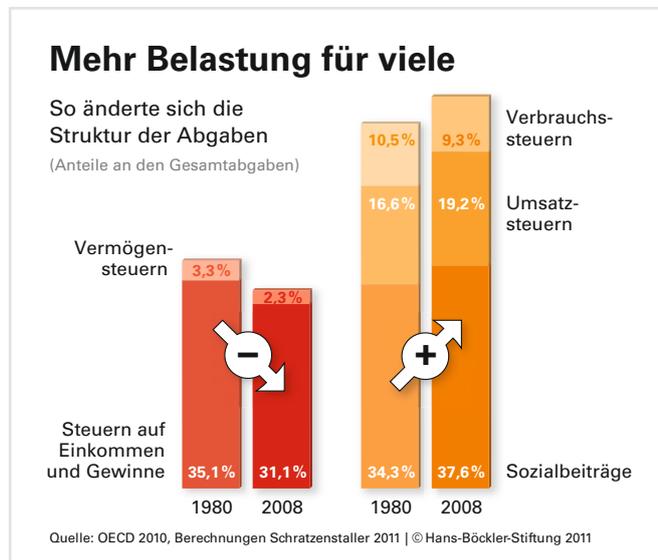
# Deutschland schont Vermögende

Die Bundesrepublik besteuert große Vermögen schwächer als die meisten EU- und OECD-Länder. Dabei haben solche Steuern mehrere Vorzüge: Sie können Staatseinnahmen sichern und die wachsende Ungleichheit eindämmen – ohne das Wirtschaftswachstum zu hemmen.

Die Besteuerung von Vermögen ist in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland auf ein sehr niedriges Niveau gesunken. 1980 trugen Steuern auf das Vermögen 3,3 Prozent zu den gesamten Abgaben bei, 2008 nur noch 2,3 Prozent. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt reduzierte sich von 1,2 auf 0,9 Prozent. Seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre wird in der Bundesrepublik keine allgemeine Vermögensteuer mehr erhoben, außerdem sank das Grundsteuer-Aufkommen. Kapitalverkehr- und Gewerbesteuer wurden abgeschafft.

„Diese Entwicklung steht im Gegensatz zur alten EU und zur OECD insgesamt, wo die vermögensbezogenen Steuern langfristig an Bedeutung gewannen“, schreibt Margit Schratzenstaller vom Wiener Wifo-Institut.\* 27 der 33 OECD-Staaten forderten inzwischen von ihren Vermögenden einen höheren Beitrag für das Gemeinwesen als Deutschland, berichtet Schratzenstaller. Die Finanzwissenschaftlerin hat für die Friedrich-Ebert-Stiftung Begründungen, Kritik und internationale Praxis der Vermögensteuern untersucht. Sie empfiehlt der Bundesrepublik „eine stärkere Ausschöpfung vermögensbezogener Steuern“. Der Blick ins Ausland zeige, dass Steuern auf das Vermögen wie Grund- und Erbschaftsteuern „eine wichtige Rolle in einem zeitgemäßen Abgabensystem“ spielen.

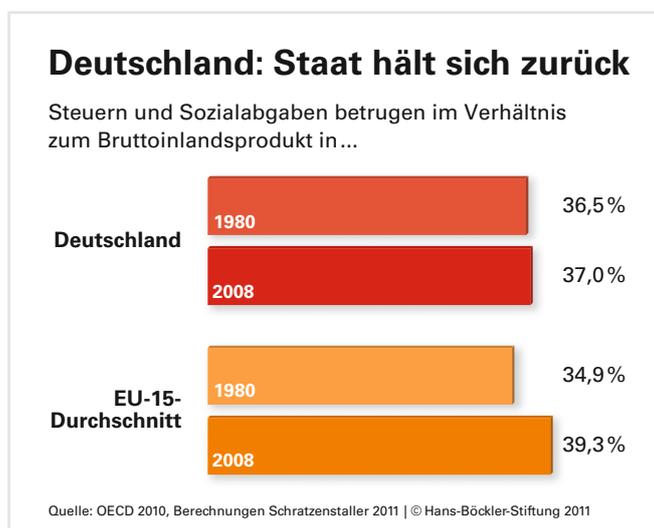
**Vermögensbesteuerung muss nicht die Mittelschicht belasten.** Die Studie wendet sich gegen die These, eine Besteuerung von Vermögen sei nur dann lohnend, wenn hohe Steuersätze verlangt oder weite Kreise der Mittelschicht belastet würden. „Dem ist die große und steigende Ungleichverteilung von Vermögen und Erbchancen entgegenzuhalten“, sagt Schratzenstaller. Das reichste Prozent der Deutschen besitzt 23 Prozent der landesweiten Vermögen, zehn Prozent der Bevölkerung gehören 61,1 Prozent. Ähnlich sind Erbschaften und Schenkungen verteilt. 1999 bis 2001 erhielten Berechnungen zufolge 1,5 Prozent der Haushalte Erbschaften, von denen lediglich jede dritte dem einzelnen Erben mehr als



50.000 Euro brachte. Von Schenkungen profitierten 0,8 Prozent der Haushalte, nur 0,16 Prozent empfing einen Wert von 50.000 Euro und mehr. Eine Erbschaft oder eine Schenkung von einer halben Million Euro winkt gerade mal ein bis drei Promille der Bevölkerung. Dementsprechend kann der Gesetzgeber auch die Lasten der Vermögensbesteuerung konzentrieren, schreibt die Wissenschaftlerin. „Angesichts der starken Konzentration der Vermögen und Erbschaften sind auch bei nennenswerten Freibeträgen, die große Teile der Haushalte von der Besteuerung ausnehmen, substanzielle Steuereinnahmen zu erwarten.“

**Ansetzen bei Immobilien- und Grundbesitz.** Schratzenstaller plädiert zunächst für eine stärkere Ausschöpfung der Grundsteuer, die grundsätzlich ein hohes Einnahmepotenzial hat. So ist das Nettovermögen der Deutschen zu gut 80 Prozent in Immobilien gebunden. 2007 besaßen 36 Prozent der Bevölkerung selbst bewohnte Gebäude, 10 Prozent hatten Immobilien vermietet. Auch hier besitzen wenige recht viel: 7,5 Prozent der Haushalte gehörten Immobilien mit einem Marktwert von mehr als einer halben Million Euro, 1,6 Prozent der Haushalte mit einem Preis von über einer Million Euro. Für eine effektive und gerechte Besteuerung müssten allerdings die Grundstückswerte präziser beziffert werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte schon 1995 im Urteil zur Vermögensteuer kritisiert, dass die für die Besteuerung der Grundstücke herangezogenen Einheitswerte veraltet seien. Diese Einheitswerte spiegelten die faktischen Wertverhältnisse nicht wider. Statt aber eine Aktualisierung vorzunehmen, wurde die Vermögensteuer ausgesetzt. Das Problem der unzureichenden Bewertung wirkt sich auch bei der Grundsteuer aus. Der Bundesfinanzhof hat darum ebenfalls eine Neubewertung angemahnt.

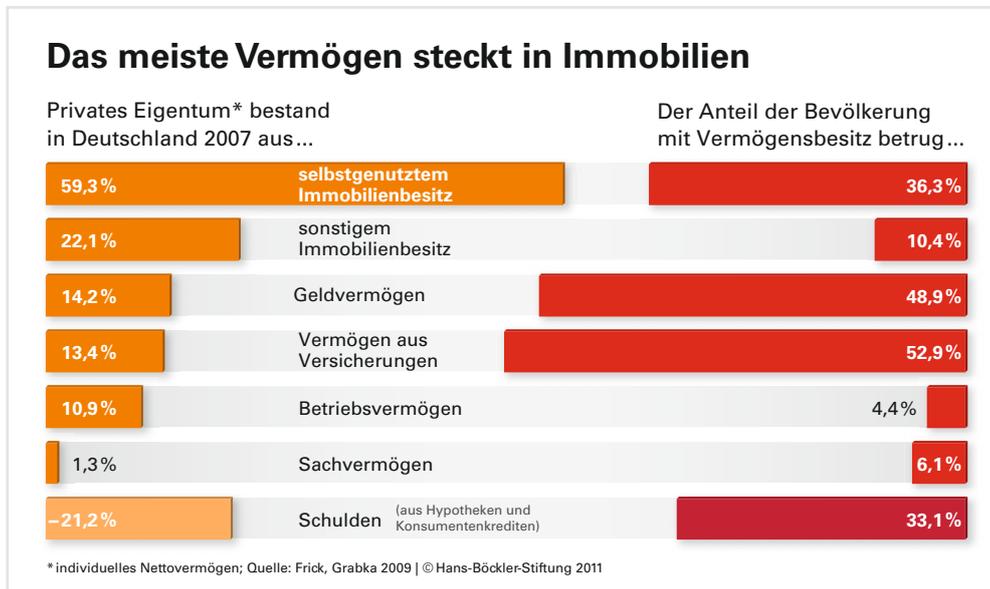
**Die Verwaltungskosten fressen nicht den Ertrag auf.** Die Besteuerung von Vermögen kann aufwändig sein, das gilt ne-



ben der Ermittlung der Vermögenswerte auch für die Kontrolle der Steuererhebung. Es gibt nur wenige Schätzungen über die Kontrollkosten. Je nach Studie belaufen sich die gesamten Verwaltungskosten auf 1,7 bis 2,3 Prozent des Steueraufkommens, berichtet Schratzenstaller. Ausreißer nach oben ist eine Schätzung von 1989, der zufolge eine allgemeine Vermögensteuer 20 Prozent des erzielten Steueraufkommens verzehren würde. „Selbst bei den aus Verwaltungssicht teuersten Steuern machen die Verwaltungskosten nur den kleineren Teil der Einnahmen aus“, so die Forscherin.

**Höhere Erbschaftsteuer und eine neue Finanztransaktionssteuer.** Ein modernes System der Vermögensbesteuerung basiere auf einer abgestimmten Kombination von verschiedenen auf das Vermögen und dessen Erträge bezogenen Steuern, schreibt die Studienautorin. Dazu zähle eine höhere Erbschaft- und Schenkungsteuer, als sie der deutsche Staat bislang erhebt. Zudem verweist Schratzenstaller darauf, dass „Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung nur einer mäßigen effektiven Steuerbelastung unterliegen“. Hier wären großzügige Abschreibungsmöglichkeiten von Baukosten einzuschränken. Die Wifo-Ökonomin wirbt darüber hinaus für eine Finanztransakti-

onsteuer. Diese Steuer habe zwei Vorteile: ein durchaus beachtliches Aufkommenspotenzial sowie die Möglichkeit, „Instabilitäten auf den Finanzmärkten einzudämmen“. Als Bemessungsgrundlage bietet sich der Wert eines Finanzproduktes an. Der Steuersatz sollte recht gering sein, damit vor allem schnelle, also spekulative Transaktionen erfasst wer-



den. Kleinanleger – die konservativ sparen und anlegen – wären nicht belastet. ◀

den. Kleinanleger – die konservativ sparen und anlegen – wären nicht belastet. ◀

\* Quelle: Margit Schratzenstaller: Vermögensbesteuerung – Chancen, Risiken und Gestaltungsmöglichkeiten, Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2011  
 Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Vier Gründe für Vermögensteuern

Die Wissenschaftlerin Margit Schratzenstaller empfiehlt, Vermögen stärker zu besteuern – und das nicht allein wegen des öffentlichen Finanzbedarfs. Bereits grundlegende ökonomische und steuersystematische Abwägungen sprächen dafür.

**Wachstum.** Eine Besteuerung von Vermögen geht gemäß neuerer empirischer Studien kaum zulasten von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Andere Abgaben wie etwa die Einkommensteuer können das wirtschaftliche Verhalten der Bürger stärker beeinträchtigen, erklärt die Forscherin. Bei Steuern auf das Vermögen hält die Wissenschaftlerin sogar den gegenteiligen Effekt für denkbar: Sie könnten Wohlhabende zu einer produktiveren Verwendung ihres Eigentums bewegen. Wer für sein Vermögen zahlt, achtet auch darauf, dass es Erträge abwirft.

**Verteilung.** Das wirtschaftspolitisch wichtigste Argument: Eine Vermögensbesteuerung kann die gesellschaftliche Ungleichheit und damit wirtschaftliche Instabilitäten reduzieren. Für das vergangene Jahrzehnt haben Ökonomen des IMK beobachtet, dass die wachsende Ungleichheit die Güternachfrage schwächte, weil die ärmeren Schichten weniger Geld hatten. Gleichzeitig mussten die Besitzenden ihre zunehmenden Vermögen anlegen. Das blähte die Finanzmärkte auf – mit den bekannten Folgen. Eine bessere Vermögensbesteuerung könnte diese Entwicklung umkehren. „Es gibt gute ökonomische Argumente dafür, dem von vielen Industriestaaten eingeschla-

genen Weg zu folgen und in Deutschland das Gewicht vermögensbezogener Steuern als Einnahmequelle zu stärken“, resümiert Schratzenstaller.

**Steuerrecht.** Eine stärkere Besteuerung von Vermögen lässt sich auch nach steuerrechtlichen Grundsätzen rechtfertigen. Nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip ebenso wie nach dem Äquivalenzprinzip: Vermögen bietet mehr Sicherheit als ein Arbeitseinkommen, Vermögende sind wirtschaftlich leistungsfähiger. Und sie haben laut Schratzenstaller einen „besonderen Nutzen aus der staatlichen Schutzfunktion“. Der Staat erfasst und schützt privates Eigentum, dazu unterhält er Institutionen wie Polizei, Katasteramt und Gerichte, von denen Wohlhabende überproportional profitieren. Außerdem führt die Studie an, dass Vermögen nicht selten ohne eigenes Zutun erworben wird. Und dass der Staat in einer Demokratie ungleiche Startchancen zumindest reduzieren darf und sollte.

**Durchsetzbarkeit.** Mit Ausnahme von Steuern auf Finanzvermögen gilt der Forscherin zufolge für die meisten auf das Vermögen bezogenen Abgaben: Sie sind „wenig anfällig für den internationalen Steuerwettbewerb und somit auf nationaler Ebene gut durchsetzbar“. Grundbesitz ist an den Ort gebunden. Und um der Erbschaft- und Schenkungsteuer auszuweichen, müssten sowohl Erblasser wie Erbe, Schenkender wie Beschenkte ihren Wohnsitz und ihr Vermögen ins Ausland verlegt haben.

# Der Körper leidet vor allem in einfachen Berufen

**Beschäftigte mit niedriger Qualifikation tragen ein erhebliches Risiko, durch Krankheit dauerhaft arbeitsunfähig zu werden. Bei manchen Krankheitsbildern ist es bis zu 14-mal so hoch wie unter Akademikern.**

Fast jeder fünfte Deutsche, der heute in Rente geht, hat sein Arbeitsleben aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig beenden müssen. Knapp 20 Prozent der Neu-Ruheständler beziehen eine Erwerbsminderungsrente, nachdem in einem strengen Verfahren festgestellt wurde, dass sie zu krank sind, um regulär weiterzuarbeiten. Meist tritt eine teilweise oder vollständige Erwerbsminderung bei Beschäftigten jenseits der 50 auf. So bezogen etwa im Jahr 2008 unter 1.000 aktiv Versicherten der Gesetzlichen Rentenversicherung im Alter von 45 Jahren weniger als fünf erstmals eine Erwerbsminderungsrente. Unter den 58-Jährigen waren es schon gut dreimal so viele.

Das Alter ist jedoch keineswegs der einzige Faktor, macht eine neue Studie von Christine Hagen, Ralf K.

Himmelreicher, Daniel Kempfner und Thomas Lampert deutlich. Die vier Wissenschaftler, die am Deutschen Zentrum für Altersfragen, am Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung, am Robert-Koch-Institut beziehungsweise am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung arbeiten, haben erstmals auf umfassender empirischer Grundlage untersucht, welche Personengruppen unter Arbeitern und Angestellten häufig von Erwerbsminderung betroffen sind, und welche seltener.\* Dazu werteten sie die anonymisierten Daten von gut 127.000 Menschen aus, die 2008 als Neuzugänge in der Erwerbsminderungsrente registriert wurden und verglichen sie mit denen der übrigen Versicherten.

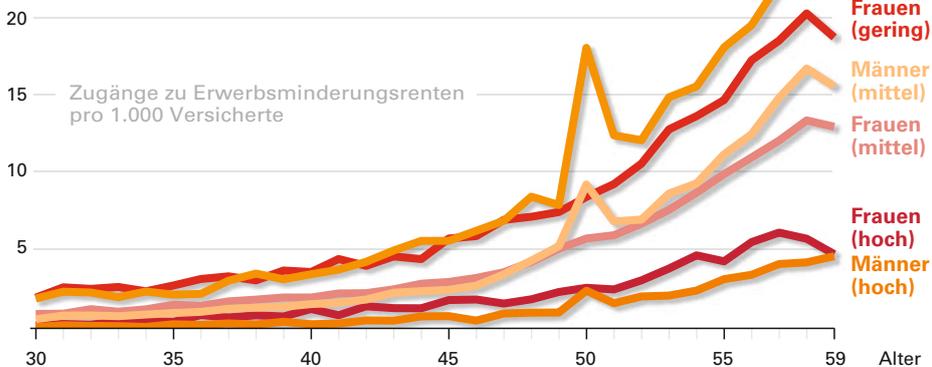
Kernergebnis der Datenanalyse: Sowohl die Qualifikation als auch Geschlecht und Wohnort beeinflussen die Wahrscheinlichkeit, aus Gesundheitsgründen nicht bis zum regulären Rentenalter arbeiten zu können. **Haupt- oder Real-schulabschluss, keine Berufsausbildung, männlich, wohnhaft in Ostdeutschland** – Beschäftigte mit diesem Profil tragen das höchste Risiko, arbeitsunfähig zu werden. Es liegt gut zehnmal so hoch wie bei männlichen Akademikern, die in den alten Bundesländern leben.

**Qualifikation.** Je höher die Bildung, desto geringer das Risiko einer Erwerbsminderung – die Qualifikation erweist sich in der Feinanalyse als wichtigster Einflussfaktor. Das gilt in allen Altersgruppen, besonders weit öffnet sich die Bildungsschere aber bei den Älteren. Unter Frauen und Män-

nern mit (Fach-)hochschulabschluss gehen auch mit Ende 50 nur rund 5 von 1.000 Versicherten in die Erwerbsminderungsrente. Dagegen sind es bei niedrig qualifizierten Män-

## Geringe Qualifikation bedeutet mehr chronische Krankheiten

Das Risiko auf eine Erwerbsminderungsrente angewiesen zu sein, besteht je nach Qualifikation bei ...



Quelle: Hagen, Himmelreicher u.a. 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

nern fast 25, bei niedrig qualifizierten Frauen 19. Beschäftigte mit mittlerer Qualifikation, das heißt mit abgeschlossener Berufsausbildung, liegen dazwischen. Hier verzeichnet die Statistik bei Männern rund 15 Zugänge, bei Frauen 13.

Die Forscher haben auch die Risikoverteilung bei drei Krankheitsbildern berechnet, die sehr häufig zu Erwerbsminderungen führen. Besonders hoch fallen die qualifikationsspezifischen Unterschiede bei Muskel-Skelett-Erkrankungen aus. Hier tragen Männer mit niedrigem Qualifikationsniveau ein 14-fach höheres Risiko als Akademiker. Unter Frauen liegt der Faktor je nach Qualifikation maximal beim Achtfachen. Auch bei Erkrankungen von Herz und Kreislauf ist die Differenz erheblich. Spürbar kleiner fällt der Unterschied dagegen bei psychischen Leiden aus, die insgesamt immer häufiger zu Erwerbsminderungen führen. Die Wissenschaftler erklären das so: Während vor allem Beschäftigte mit einfacher Qualifikation schwere körperliche Arbeiten leisten müssen und dadurch Schäden davontragen, könnten „durch Arbeitsverdichtung und Stress verursachte psychische Erkrankungen“ wohl „bei Beschäftigten aller Qualifikationsniveaus vorkommen.“

**Männer und Frauen.** Insgesamt sind Erwerbsminderungen unter Männern deutlich weiter verbreitet als unter Frauen. Und: Unter niedrig qualifizierten Beschäftigten ist die Differenz zwischen den Geschlechtern größer als bei Arbeitnehmern mit hohem Bildungsabschluss. Das ist für die Forscher

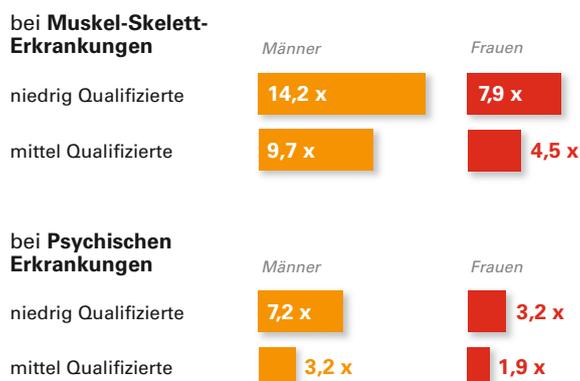
ein weiteres Indiz dafür, wie sich körperliche Belastungen in eher von Männern ausgeübten Arbeiterberufen auswirken. Zusätzlich ließen sich aber auch Befunde aus der Epidemiologie heranziehen: Frauen ignorieren beispielsweise seltener Gesundheitsbeschwerden. Höher Gebildete vermeiden eher riskante Verhaltensweisen, sind etwa seltener Raucher.

In einem wichtigen Punkt kehrt sich das Verhältnis zwischen den Geschlechtern allerdings um: Frauen müssen häufiger als Männer wegen einer psychischen Erkrankung ihre Berufstätigkeit aufgeben. Die Studienautoren halten zwei Faktoren zur Erklärung für plausibel: Frauen sind häufiger in „emotional belastenden Berufen“ tätig, etwa in der Pflege. Zum anderen gingen Frauen und Männer unterschiedlich mit psychischen Problemen um. Letztendlich ließen sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Erwerbsminderung aber derzeit nicht abschließend erklären.

**Ost und West.** Ein ähnliches Muster beobachten die Wissenschaftler bei den Differenzen zwischen alten und neuen Bundesländern. Ostdeutsche tragen unter dem Strich ein spürbar erhöhtes Risiko, von einer Erwerbsminderung betroffen zu sein. Das gilt insbesondere für niedrig Qualifizierte und mit Blick auf Herz-Kreislauf-Leiden und Erkrankungen des Skelett- und Muskelsystems. Mit zunehmender Qualifikation gleichen sich die Werte in Ost und West dann jedoch tendenziell an. ◀

## Einfache Arbeit geht auf den Rücken

Im Vergleich zu hochqualifizierten Westdeutschen ist das Risiko so viel höher, eine Erwerbsminderung zu erleiden:



Quelle: Hagen, Himmelreicher u.a. 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

\* Quelle: Christine Hagen, Ralf K. Himmelreicher, Daniel Kempfner, Thomas Lampert: Soziale Ungleichheit und Risiken der Erwerbsminderung, in: WSI Mitteilungen 7/2011  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## LÖHNE

# Geteiltes Land

**In Ostdeutschland müssen Beschäftigte häufiger für einen niedrigen Stundenlohn arbeiten als im Westen. Doch auch in Westdeutschland könnten Millionen Arbeitnehmer von der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns profitieren.**

Im Jahr 2009 erhielten insgesamt fünf Millionen Arbeitnehmer einen Bruttostundenlohn von maximal 8,50 Euro, so eine Studie der Prognos AG für die Friedrich-Ebert-Stiftung.\* Davon lebten gut 3,6 Millionen in West- und knapp 1,4 Millionen in Ostdeutschland. Unterhalb der Schwelle von 8,50 Euro befanden sich im Osten jedoch 26 Prozent der Beschäftigten – doppelt so viele wie im Westen. Stundenlöhne von mehr als zwölf Euro hingegen erhielten in Westdeutschland 67 Prozent, im Osten nur 47 Prozent der Arbeitnehmer.

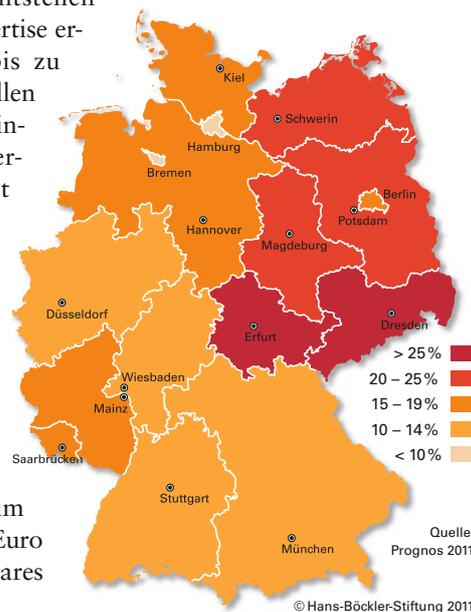
Im Länderranking sind die ostdeutschen Bundesländer unter sich: Mit 34 Prozent ist der Anteil der Geringverdiener in Thüringen am höchsten, gefolgt von Sachsen (29 Prozent), Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (je 25 Prozent) und Brandenburg (24 Prozent). Die niedrigsten Quoten weisen die westdeutschen Stadtstaaten Hamburg mit 6 und Bremen mit 8 Prozent auf.

Absolut überspringt einzig das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen die Millionengrenze. In Bayern müssen mehr als 760.000 Beschäftigte für einen geringen Lohn arbeiten, in Baden-Württemberg sind es an die 480.000. Die wenigsten Niedriglohnbezieher haben wiederum Bremen mit gut 17.000 und Hamburg mit knapp 35.000.

Bundesweit könnte eine allgemeine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro pro Stunde Staatshaushalt und Sozialkassen um gut sieben Milliarden Euro entlasten, haben die Prognos-Experten berechnet. Die Erwerbseinkommen würden insgesamt um 14,5 Milliarden Euro steigen. Die bisherigen Geringverdiener würden voraussichtlich einen relativ großen Anteil dieses Geldes wieder ausgeben. Ihre Nachfrage dürfte die Güterproduktion auch im Inland stimulieren und neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Die Expertise erwartet daher bis zu 78.000 neue Stellen als Folge des Mindestlohns. Allerdings verursacht die stärkere Binnennachfrage auch eine kleine Preissteigerung, so die Forscher. Statt nominal 14,5 Milliarden Euro bliebe den Beschäftigten real ein um 11,4 Milliarden Euro erhöhtes verfügbares Einkommen. ◀

## Im Osten oft weniger

So viele Beschäftigte arbeiten für einen Stundenlohn unter 8,50 €



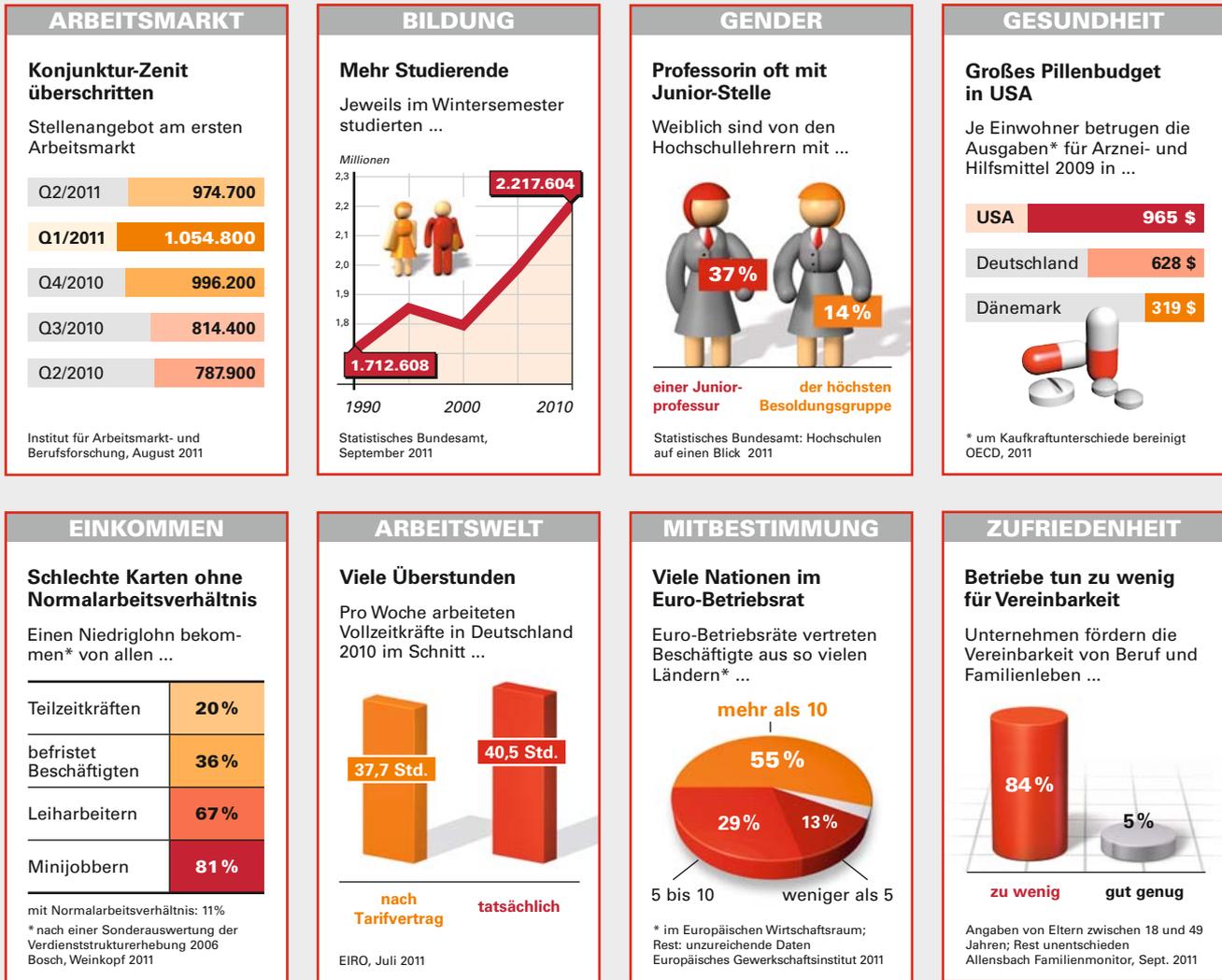
\* Quelle: Oliver Ehrentraut, Markus Matuschke, Sabrina Schmutz, Reinhard Schüssler: Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO-Diskurs, Mai 2011  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Impressum

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)  
**Chefredaktion:** Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher  
 E-Mail [redaktion-impuls@boeckler.de](mailto:redaktion-impuls@boeckler.de); Telefon 02 11/77 78-286,  
 Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,  
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (nach Rücksprache mit der Redaktion Abdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## TrendTableau



► **ARBEITSMARKT:** Hartz-IV-Empfängern gelingt der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt oft nur auf Zeit. Von knapp 2,4 Millionen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die zwischen Mai 2010 und April 2011 zumindest zeitweilig keine Unterstützung mehr benötigten, bezog mehr als jeder vierte innerhalb von drei Monaten erneut Arbeitslosengeld II (ALG II), berichtet die

Bundesagentur für Arbeit. Längerfristig fällt die Eingliederungsbilanz noch schwächer aus: So habe von den fast zwei Millionen Hilfebedürftigen, die im genannten Zeitraum ALG II beantragten und auch erhielten, mehr als jeder zweite in den zwölf Monaten vor Antragstellung bereits Leistungen der Grundsicherung erhalten. Bundesagentur für Arbeit, August 2011

► **ARMUT:** Das Armutsrisiko ist für Menschen in Ostdeutschland weiterhin erheblich höher als im Westen der Bundesrepublik. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes waren 2010 im Osten rund 19 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht, im Westen lediglich 13 Prozent. Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des

mittleren Einkommens (Median) erreicht. Konkret lag der Grenzwert für Deutschland im vergangenen Jahr bei 826 Euro für einen Single-Haushalt. Am höchsten ist der Anteil der von Armut bedrohten Einwohner nach Angaben der Statistiker in Mecklenburg-Vorpommern und Bremen, am niedrigsten in Baden-Württemberg und Bayern. Stat. Bundesamt, September 2011